

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

ersch. 2mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,50 M., durch Träger u. ausw. Vertretungen frei und ohne monatlich 1,75 M., vierteljährlich 5,25 M. Durch die Post bezogen monatlich 1,65 M., vierteljährlich 4,95 M., ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Rikolastr. 11. Fernruf Nr. 5515, 5516, 5517. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Umgebung: 1.25 M., außerhalb 1.50 M., Reflamezeit 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 215

Samstag, 10. Mai 1919.

73. Jahrgang.

Le Rhin Illustré (Der Rhein im Bild). Heute Samstag erscheint zum ersten Male die neue französisch-deutsche Zeitschrift, von deren Inhalt wir nachstehende Aufsätze nennen möchten: „Eine Messe in Mainz“, „Rheinessische Fragen“, „Vor 120 Jahren“, „Figures nouvelles“, „Bilder der Flotten-Veränderung“. Es sind lebenswichtige Fragen für das gesamte Rheinland, die hier erörtert werden und es ist zu hoffen, dass diese Anregungen von Erfolg begleitet sein werden. Es sei darauf hingewiesen, dass die neue Zeitschrift einen „Preis-Kasten“ enthält, in dem bereitwilligst alle Anfragen über Handels- und Verkehrsmöglichkeiten und dergl. allgemein interessierende Fragen beantwortet werden. Der Inseraten-Preis dieser Zeitschrift wird durch seine weite Verbreitung sehr zur Hebung der Industrie und des Handels beitragen. Die Zeitschrift, deren Druck der Georg Aug. Welter's Drucker in Mainz übertragen wurde, ist bei allen Buchhandlungen erhältlich!

Politische Jugenderziehung in England.

Die politische Erziehung unseres Volkes wird aus den wichtigsten Aufgaben der Zukunft bezeichnet, und ebenfalls ist, wie die Ereignisse des Krieges bezeugen, in dieser Hinsicht sehr viel zu tun. Vor allem unsere Jugend lag bisher nichts ferner, als Politik, und es ist nicht leicht, den jungen Studenten den Sinn für die wichtigsten Fragen eines Volkes anzuerziehen. Mit Beiträgen und Vorträgen, die an unsere Hochschulen hinstellen sollen, wird es allein nicht getan sein. Es von der macht daher in der „Deutschen Politik“ den Vorschlag, sich England zum Muster zu nehmen, wo die Jugend von früh an für das politische Verständnis vorgebildet wird. In den „Colleges“ der Universitäten sind vielfach Debattier-Klubs eingerichtet, denen die älteren Studenten angehören. Der Klub wählt ein Präsidium, der Vertriebs- und parlamentarisch gestaltet, und die regelmäßige stattfindende Debattier-Abende sind ein Abbild des Londoner Parlamentes im Kleinen. Die Mitglieder halten Vorträge über politische Themen, wobei besonders Kolonial- und Außenpolitik berücksichtigt wird, und an jeden Vortrag schließt sich eine Debatte auf parlamentarischer Grundlage. Die verschiedenen politischen Parteien Englands nehmen an der Ausgestaltung und dem Leben dieser Klubs lebhaften Anteil. Angesehene Politiker halten in den Debattier-Klubs der Universitäten Vorträge und greifen in die Diskussion ein; ebenso auch Vertreter der Regierung und andere Männer der Politik. Dadurch wird der geistige Gehalt der Debatten auf ein hohes Niveau gehoben. Die Studenten erhalten so den parlamentarischen Schicksal, werden rednerisch geschult und spornen sich selbst an. Vor allem aber gelangen sie durch die Beschäftigung mit bestimmten politischen Fragen und durch die Debatten den besten Eindruck an das politische Getriebe, lernen die großen Fragen und Zusammenhänge erfassen, und wenn sie von der Universität kommen, besitzen sie soviel politische Kenntnisse und Urteilsfähigkeit, um ihrem Lande als Staatsmänner und Bürger ihre Dienste leisten zu können.

Deutsche Volkspartei.

Berlin, 8. Mai. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei in der provisorischen Landesversammlung hat sich nun endgültig konstituiert und zu ihren Vorsitzenden die Abgeordneten Staatsminister a. D. Dr. Krause und Oberpräsident Dr. v. Richter, zum stellvertretenden Vorsitzenden den Abgeordneten Professor Dr. Leibig und zum geschäftsführenden Abgeordneten Abgeordneten Garnisch gewählt. Als acht Vertreter werden in den Zentralvorstand entsandt die Abgeordneten Dr. v. Krause, Schmidt, Melchior, Feld, Meyer, Göck, Fanger und ein Völkmann.

Ultimatum an Lettland.

Riga, 7. Mai. Die Regierungskrise, die in Lettland nach dem Sturz der provisorischen Regierung am 16. April eingetreten und mehrere andere lautenden Meldungen bisher nicht geklärt wurde, wurde heute durch ein Ultimatum der Entente zu ihrem Abschluss gelangt. Die in Riga anwesenden Kommissionen der Entente haben den Vertretern der provisorischen Nationalregierung am 6. Mai die Forderung überreicht, daß bis zum 1. Juni 1919, auf den 8. Mai die neue Regierung zu bilden sei, widrigenfalls der Abbruch der Beziehungen der Nationalregierung zu Lettland erfolgen und die dauernde Aufrechterhaltung der Blockade festgelegt würde. Sie verlangen, daß das Ministerium von 12 Mitgliedern gebildet wird, aus denen Mitglieder der gestürzten provisorischen Regierung unter dem Vorsitz von Umanis angehören sollen. Darunter sollen drei Baltier, ein rechtsstehender Lette und ein Jude sein. Während die drei Minoritäten, insbesondere auch die Baltier, ihre Zustimmung ausprochen, weigerte sich Umanis, der bisherigen Minorität einen Sitz im Ministerium zu gewähren. Doch ist anzunehmen, daß dem Land der Entente die immer sehr starken antisemitischen Tendenzen der gestürzten lettischen Regierung in diesem Zusammenhang zumeist zugunsten eines Ministeriums, das von der Entente geforderten Zusammensetzung auskommen wird.

Der Friedensvertrag für Oesterreich-Ungarn.

Paris, 7. Mai. (Gavas.) Die „Chicago Tribune“ erzählt, daß am Donnerstag mit der Abfassung des österreichisch-ungarischen Vertrages begonnen werden soll. Wie das genannte Blatt erklärt, wurden die ungarischen Delegierten, nachdem die kommunistische Regierung in Budapest kapituliert hat, auf den 15. Mai nach Versailles berufen werden.

Beilegung des Streites um Fiume.

Paris, 7. Mai. (Reuter.) Der französische Botschafter in Rom unterbreitete einen Vorschlag, wonach Fiume von Italien als Mandatsmacht des Völkerbundes bis zum Jahre 1923 verwaltet werden soll. Bis dahin würde der einzige Meilen davon entfernte Hafen für die Jugoslawen fertiggestellt sein. Dann würde Fiume an Italien kommen. Italien erklärte sich bereit, auf dieser Grundlage die Beratungen wieder aufzunehmen.

Chinas Unzufriedenheit.

Paris, 7. Mai. (Gavas.) Der Führer der chinesischen Delegation bei der Friedenskonferenz, der Minister des Innern, Pongena Tsang, gab bekannt, daß die chinesische Delegation beim Dreiertrat gegen die Regelung der Frage von Peking annehmen, Japan protektiert habe. Der chinesische Minister ist der Ansicht, daß der Dreiertrat keine Entscheidung widerrufen wird, wenn er einen wirklich gerechten und dauerhaften Frieden herstellen will.

Amsterdam, 7. Mai. Die „Algemeen Handelsblad“ aus Paris meldet, daß die chinesische Delegation telegraphisch in Peking ihr Mitteilungsgeheim eingeleitet.

Verteilung der deutschen Kolonien.

Paris, 8. Mai. (Reuter, Ämtlich.) Der Dreiertrat beschloß über die deutschen Kolonien wie folgt zu verfügen: Deutsch-Ostafrika fällt an Großbritannien, Deutsch-Südwestafrika an die Südafrikanische Union, die deutschen Samoa-Inseln fallen an Neuseeland, die anderen deutschen Besitzungen im Stillen Ozean südlich des Äquators an Australien mit Ausnahme von Karau; für letzteres erhält Großbritannien das Mandat. Die deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Äquators fallen an Japan.

Die neuen Steuern.

Die die politischen Informationen hören, wird in nächster Zeit der ganze Komplex der fest festgestellten Reichsteuerveränderungen veröffentlicht werden, die der Nationalversammlung in Kürze zur Durchberatung zugehen. Zu den Entwürfen gehören die beiden umgearbeiteten Abgabensteuergesetzentwürfe, die Erbschaftsteuervorlage mit Nachlass- und Schenkungsteuer, die Tabak- und Zuckersteuer, ein Entwurf über Besteuerung von Vermögensmitteln und Grundbesitzern, eine Grundbesitzsteuer, sowie ein Monopolenentwurf. Die Vorlage über eine Reichseinkommensteuer wird sich unter den zu veröffentlichenden Entwürfen noch nicht befinden.

Noske über Landesverrat.

Berlin, 7. Mai. Wir erhalten folgende Mitteilung: Heute mittags fand beim Reichswehrminister Noske eine Konferenz statt, die sich mit der Frage der Verhaftung von Angehörigen der Reichswehr befaßte. Einer Berliner Firma war von ihrem Arbeiterausschuß auf Grund der Beschäftigung von Gewerkschaftsversammlungen am 22. April und 5. Mai ein Ultimatum gestellt worden, zwei Angestellte zu entlassen, weil sie bei freiwilligen Verbänden Dienst geleistet hätten. An dieser Konferenz mit dem Reichswehrminister nahmen die Geschäftsleitung der Firma, der Arbeiterausschuß und die Vorsitzenden mehrerer Berliner Gewerkschaftsverbände teil. Der Reichswehrminister gab seiner tiefen Entrüstung über den schamlosen Terror Ausdruck, der versuche, Arbeitssorgen nicht im wirtschaftlichen Kampf, sondern ihrer politischen Gefährdung wegen auf die Straße zu legen und dem Hunger preiszugeben. Er erklärte, daß diese Beschäftigten, die darauf abzielen, Deutschlands letzte Wehrmacht zu zerstören, objektiv Landesverrat bedeuten. Deutschland befindet sich noch im Kriegszustand. Die Regierung werde mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung der angedrohten Verhaftung jener Männer, denen Deutschland Dank schulde, verhindern. Die Ausdrucksweise habe das Ergebnis, daß der Arbeiterausschuß sein Ultimatum zurückziehe, damit die Mitgliedschaften erneut zu dieser Frage Stellung nehmen können. Es ist zu erwarten, daß die Mehrheit der Berliner Arbeiterschaft die Ungeheuerlichkeit der Undurchführbarkeit der bereits erfolgten Verhaftungen einsehen und es in der schwierigen Lage, in der sich unser Vaterland befindet, nicht auf eine für sie ausichtslose Kraftprobe ankommen lassen wird. (Auch am 9. November gelang es das Vaterland in einer schwierigen Lage, trotzdem wurde durch die Revolution unsere Wehrmacht gerettet. War das nun auch Landesverrat. Schriftl.)

Aus München.

München, 8. Mai. Stadtkommandant von München wurde heute Major und Generalleutnant des 2. bayerischen Armeekorps Seifert. Ein von der bayerischen Volkspartei, den Demokraten und Nationalliberalen gebildeter Aktionsausschuß veröffentlicht folgendes:

Laut amtlicher Meldung sind im Anschluß an die ungerechtfertigte Erschießung von 21 Personen am Karolinenplatz in der Nacht vom 6. auf den 7. Mai dankenswerterweise vom Oberkommando scharfe Befehle erlassen worden, daß jeder Soldat, der eine unrechtmäßige Erschießung vornimmt, als Mörder behandelt und erschossen wird.

Das Blutbad, das von einer Freiwilligentruppe an einundzwanzig Personen verübt wurde, die im Prinz Georg-Palais als Verhaftete untergebracht waren, hat, wie sich herausgestellt hat, den Münchner katholischen Gesellschaften vereint getroffen.

In Anerkennung ihrer tapfern Haltung hat Oberst von den Werderfester Gebirglern nach herzlicher Ansprache ausgedrückt, daß die Teilnehmer an den Kämpfen am linken Arm den Löwen im schwarzen Rautenschild führen dürfen, worauf die Oberländer recht stolz sind. Bauernbüchsen, Offiziere, Aerzte, Kaufleute und sogar der halbblinde Komiker des Gärtners-Theaters, Blommm, befanden sich unter diesem Freikorps, das der Pfarrer im Ornat von der Pfarrkirche Garmisch einschleifte. Die demokratische Nationalfraktion forderte den Magistrat auf, dahin zu wirken, daß sich an dem Erfolg der durch die Revolution in Bayern und besonders in München verursachten Schäden außer der Gemeinde und dem bayerischen Staat auch das Reich beteilige. Die Zeitungen bringen neuerdings viele Spalten mit Todesanzeigen der im Kampf um München Gefallenen. Unter diesen Todesanzeigen ist bemerkenswert diejenige einer Thulegesellschaft, welche das Hinscheiden ihrer erkrankten Mitglieder: Walter Reubaus, Baron Leudert, Freiherr Seidlitz, Walter Deise, Graf Bekard, Anton Dammenslang und Karl Sieber beklagt. Während wir über die Operationen der Regierungstruppen jetzt genau Bescheid wissen, umhüllt ein mystisches Dunkel jene mit der Reichshilfe Hand in Hand gehende innere Bewegung, welche mit größter Geheimhaltung vorbereitet, in der Nacht zum 1. Mai losbrach und damals tatsächlich unter dem Befehl eines Hauptmanns Mayer die Belegung der königlichen Residenz erzielte. Die im Hotel Vier Jahreszeiten erfolgte Verhaftung der später Ermordeten der Thulegesellschaft wurde fernerzeit von dem wegen Zuhälterei bestraften Hochkommandierenden Galtsofer in einer Form mitgeteilt, als ob es sich um eine plündernde Bande gehandelt habe. Der ermordete Baron Leudert war ein Sohn des kaiserlichen Thurn und Taxischen Hofmarschalls und Obersten Stallmeisters von Leudert in Regensburg.

Der „Bayerische Kurier“, die „Augsburger Volkzeitung“ und andere Blätter der bayerischen Volkspartei fordern dringend die sofortige Beilegung solcher Angelegenheiten der Hoffmannschen Regierung, die gleich dem Urheber einer bis zur Verdrängung betriebenen Sozialisierung, Dr. Neunroth, einerseits von bayerischen Verhältnissen keine Ahnung haben und andererseits mit den Spartakisten liebäugeln. Neurath wurde gegen den Widerspruch Hoffmanns und des damaligen Finanzministers Reimann vom Ministerium auf sechs Jahre mit dem Jahresgehalt eines bayerischen Regierungspräsidenten im Betrage von 14 000 M. angeheft.

Die Lage.

Die Lage in München ist noch immer als ernst anzusehen und macht höchste Aufmerksamkeit notwendig. Das Geschäftsleben steht wieder in normalen Bahnen zurück. Der Straßenbahnverkehr ruht noch. In der Nacht zum Dienstag hat es noch in verschiedenen Stadtteilen neuerdings kleine Schieberien gegeben. Unter Verfolgung der Dachschichten wurden zahlreiche Handlungen und Verhaftungen vorgenommen. Einzelne Straßen sind zur Sicherung abgesperrt, zum Teil mit Drahtverhau; auch hat man Gefährliche und Waffengegenstände aufgeheft. Der Stadtkommandant hat bis auf weiteres die Verhüllung und Verbreitung von kommunistischen, spartakistischen und bolschewistischen Zeitungen und Zeitschriften sowie der sogenannten Skandal- und Revolverblätter verboten. Von dem während der kommunistischen Herrschaft eingerichteten gewerkschaftlichen Streikfunktal sind bereits einige Mitglieder verhaftet worden, darunter zwei Rechtsanwälte. Dem Vorsitzenden soll der Prozess wegen Hochverrats gemacht werden. Die Kommunisten haben in München für über eine Million Mark falsche Zwanzigmarkscheine gedruckt und im Umlauf gebracht. Unter den Toten befinden sich, wie nunmehr einwandfrei festgestellt ist, u. a. der Führer der Roten Armee, der Student Toller, der Oberkommandant Galtsofer und der Freiwerker Sonthofen. Am Montag Abend wurde die Privatsekretärin Galtsofers verhaftet, die sich bereits an den Spartakistenaufrufen in Bremen und Leipzig beteiligt hat. Nach dem bayerischen Kurier wurden im Keller des Luisenparkbades, wo der Gattungs- und folgte, menschliche Eingeweide, ferner Finger und Schädelteile gefunden. Es wird vermutet, daß noch mehr Geiseln ermordet und die Leichenteile verstreut oder in einen Bach geworfen wurden. Untersuchung ist eingeleitet worden. Die wirtschaftliche Lage Münchens hatte sich seit dem 13. April geradezu trübsalig gestaltet. Die Kohlennot hatte sich derart zugezogen, daß in den industriellen Betrieben eine regelmäßige Arbeit unmöglich wurde. Nach einer Mitteilung des städtischen Finanzreferenten Dr. Kronenberger sind die Einkommensausfälle und die Schäden, die die Stadtgemeinde infolge der Streiklage und der Unruhen ohne Einrechnung der Sachschäden erlitten hat, auf etwa zwei Millionen Mark zu berechnen. Der Magistrat beschloß die Beerdigung der ermordeten Geiseln auf Kosten der Stadt.

lassen — halten... (Fortsetzung folgt.)

Waller. Dr. Mosler. Dr. Fischer.